

Peter Gstettner (Klagenfurt)

„...wo alle Macht vom Volk ausgeht“.

Eine nachhaltige Verhinderung. Zur Mikropolitik rund um den „Ortstafelsturm“ in Kärnten.

Im Herbst 1972 erschütterte der „Ortstafelsturm“ die politische Landschaft Österreichs. Anlass war die Aufstellung deutsch- und slowenischsprachiger Ortstafeln in Südkärnten. Zuvor war im Wiener Parlament mit Stimmenmehrheit der sozialdemokratischen Partei ein Gesetz über die topografischen Aufschriften beschlossen worden. In Kärnten gingen radikale deutschnationale „Heimatschützer“ auf die Straße, um die aufgestellten zweisprachigen Ortstafeln gewaltsam zu entfernen. Ein Großaufgebot von Gendarmerie konnte gerade noch verhindern, dass es zu größeren Ausschreitungen kam. Der Terror der Straße endete erst, als die Regierung bereit war, auf die Neuaufstellung der Ortstafeln zu verzichten und eine Novellierung des Gesetzes vorzunehmen. Eine konkrete Analyse des Geschehens, die hier erstmals anhand von Archiv- und Aktenmaterial durchgeführt wird, kann zeigen, wie minderheitenfeindliche Agitation das staatliche Handeln bis zur Einschränkung von demokratischen Rechten deformieren kann. Dies erklärt auch, weshalb der Staatsvertrag von 1955 in Kärnten bis heute nicht voll erfüllt ist.

*Keywords: Kärnten, Ortstafelsturm, Minderheitenpolitik, Minderheitenrechte
Carinthia, place-name sign storm, minority policies, minority rights*

Auf dem Rücken der Minderheit: das Ortstafel-Nullsummenspiel am Rande Europas

Die Regierenden, seit dem Staatsvertrag von 1955 säumig in der Umsetzung von Minderheitenrechten, seit 1972 besonders ängstlich und unwillig in der Realisierung der zweisprachigen Topografie, sind auf der Suche nach Sündenböcken für ihr Versäumnis, die Gesellschaft Kärntens multikulturell, europareif und zukunftsorientiert zu gestalten.¹ Statt im neuen Jahrtausend europäische Modernität zu demonstrieren, werden Abwehrkampf- und Bunkerstimmung erzeugt (vgl. Gstettner 1988; Fischer/Gstettner 1990). So wie 1972, als der Ortstafelsturm das zart aufkeimende Pflänzchen „zweisprachige Ortstafeln“ ausriss und hinwegfegte, werden heute wieder Assoziationen zum historischen Abwehrkampf aufgewärmt: Nach Ansicht des Kärntner Landeshauptmannes drohe

durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes (VfGH-Urteil vom 13. Dezember 2001) über die Aufhebung der 25%-Klausel für zweisprachige topografische Aufschriften eine „Revision der Volksabstimmung von 1920“. Durch das Gespenst einer neuerlich „drohenden Slowenisierung“ sollen (vordergründig) Ressentiments gegen die slowenische Minderheit und ihre Rechte und (hintergründig) eine Aversion gegen die europäische Erweiterung nach Süden und Osten erzeugt werden.

Nach den Nationalratswahlen im Herbst 2002 kehrte die Kärntner FPÖ-Führung in die Niederungen der heimischen Politik zurück. Die Wahlniederlage der Haider-FPÖ vom 24. November 2002 bekommt nun die slowenische Minderheit in Kärnten empfindlich zu spüren. Um vom wirtschafts- und kulturpolitischen Desaster im Lande abzulenken, wird die Minderheit zur Zielscheibe von Aggressionen und Repressionen: Das Minderheitenradio „Radio

dva“ wird „zugeschrieben“. Auch der andere Minderheitensender, das „Radio Agora“, steht vor dem Aus. Der Kampf gegen die gesetzlich geforderte Ausweitung der Ortstafelregelung wird intensiviert. Die Agitation gegen weitere zweisprachige Ortstafeln wird vom Landeshauptmann selbst vorangetrieben. Haider wörtlich:

Solange ich Landeshauptmann bin, wird es keine zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln geben. Das habe ich gesagt und dazu stehe ich auch. (...) Meine Überzeugung ist, dass wir nicht in einem Richterstaat leben, sondern in einer Demokratie, wo alle Macht vom Volk ausgeht (*Zeit für Kärnten*, 1/2002, 2).

Der FPÖ-Landesparteiobermann Martin Strutz versucht sich als Imitator der Stimme seines Meisters, nicht ohne bereits die Ortstafelfrage als Wahlkampfthematik für die nächste Wahl anzukündigen:

Die FPÖ Kärnten wird alles daran setzen, dass es zu keiner Aufstellung zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten kommt. (...) Der freiheitliche Landesparteiobermann verwies darauf, dass in Bezug auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes absolut kein Handlungsbedarf bestünde und die Anzahl der aufgestellten zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten unverändert bleiben werde. (...) Wer zusätzliche zweisprachige Ortstafeln in Kärnten verhindern möchte, müsse daher Jörg Haider und die FPÖ unterstützen. Dies gelte insbesondere für die bevorstehende Gemeinderatswahl im März 2003 (Presseaussendung des FPÖ-Landtagklubs, 6. Dezember 2002).

Im Umfeld dieses bewährten Spiels agieren die „Heimatverbände“, die sich als Traditionsträger des historischen Abwehrkampfes verstehen. Ihre Propaganda, koordiniert im Dachverband „Kärntner Heimatdienst“ (KHD), ist seit 1920 praktisch unverändert. Die Propaganda weiß auch das traditionelle Verlässheitsgefühl der „Kärntner Seele“ zu bedienen: Kärnten fühlt sich im Abwehrkampf gegen den slowenischen Nachbarn von der Bundesregierung in Wien und von der übrigen Welt verlassen. Einziger Unterschied zu 1920: Damals war der KHD integraler Bestandteil der offiziellen Landespolitik; heute bestimmen unterschwellig KHD und „Heimatverbände“ das gesamte Um-

feld der Landespolitik - und werden dafür vom Kulturamt des Landes finanziell unterstützt.²

Wenn es also nach Haider bzw. nach den „Heimatverbänden“ geht, dann wird in Kärnten das VfGH-Urteil negiert und keine einzige neue zweisprachige Ortstafel aufgestellt. Gegenteilige Meinungen wären, so der KHD in seiner Presseaussendung vom 10. Jänner 2003, „nichts anderes als fromme, unerfüllbare Wünsche“.

Wegen dieser Nulllösung sind weitere Entscheidungen des Höchstgerichts zu erwarten, das nun – sofern es angerufen wird – über das Aufstellen jeder einzelnen Ortstafel ein Urteil zu fällen hat.³ Mit anderen Worten: Im Kampf gegen den „Richterstaat“ (Jörg Haider) hat sich der Kärntner Landeshauptmann bislang durchgesetzt. Dies wäre vermutlich kaum möglich gewesen, hätte er sich nicht in den letzten Jahren die politischen Vertreter der slowenischen Minderheit durch Versprechungen und Vergünstigungen so weit gefügig gemacht, dass sie mit ihm ein Stück des „freiheitlichen Weges“ gegangen sind – jenseits der Berufung auf Staatsvertrag, Minderheitenschutz, Rechtsstaat, Verfassung und Höchstgericht.

Die Nulllösung in der Ortstafelfrage wird – wie vor und nach dem Ortstafelsturm 1972 – mit der Forderung nach einer „geheimen Minderheitenermittlung“ bzw. nach einer neuen Minderheitenzählung verbunden – frei nach dem Motto: Es kann doch nicht sein, dass eine Minderheit, die immer kleiner wird, immer mehr Ortstafeln bekommt.⁴ Der KHD hat inzwischen weitere Forderungen an die politischen Repräsentanten der slowenischen Volksgruppe gestellt: Die slowenische Minderheit soll klar machen, dass die „Scharfmacher“ in ihren Reihen „zurückgepfiffen“ werden, dass die Volksgruppe künftig „einer Pflege der Partisanen-tradition“ entsagt und sich von dem „groß-slowenischen Nationalismus“ verabschiedet. Mehr wird einstweilen nicht verlangt.

Das VfGH-Urteil, das die verfassungswidrige 25%-Grenze für zweisprachige Ortstafeln außer Kraft gesetzt hat, stellt eine längst fällige Berichtigung hinsichtlich der gesetzlichen Richtlinien für Regionen mit grundgesetzlich anerkannten Minderheiten dar. Zu verhandeln

wäre deshalb allenfalls der schrittweise Umsetzungsmodus, nicht aber die Höhe der Prozentklausel. Eine Prämisse für künftige „Konsensgespräche“ müsste auch sein, dass vom Verhandlungstisch alle Vertreter von Gruppen, seien es private Vereine oder politische Parteien, ausgeschlossen werden, die für ihre deutschnationalen und/oder minderheiten- bzw. fremdenfeindliche Einstellung bekannt sind. Ein relevanter Gradmesser für diese Einstellung ist aus der Analyse rund um die Abwehrkämpfe des Jahres 1972 gegen die zweisprachigen Ortstafeln zu gewinnen. An der Einstellung zu den zweisprachigen Ortstafeln kristallisiert sich nämlich seit 30 Jahren das Verständnis von Demokratie und Zivilgesellschaft, von Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.

Der Mythos der angeblichen „Volks- erhebung“ gegen zweisprachige Ortstafeln

Im Jahre 1972 kam es unter dem Druck der Straße zu einem Ereignis, das in seiner Bedeutung für die 2. Republik einmalig war und ist, zum Ortstafelsturm. 1972 konnte ein Bundesgesetz nicht vollzogen werden, weil eine kleine Minderheit militanter und intoleranter Chauvinisten strafbare Handlungen gegen die Exekutive setzte und weil schließlich die Regierung selbst durch die Zurücknahme des Gesetzes die Rechte der Minderheit zu minimieren begann. Dass dadurch die Autorität der legitimierten Staatsorgane beschädigt und die Minderheit selbst zutiefst gedemütigt wurde, ist bis heute nicht wirklich bearbeitet; es handelt sich – der NS-Zeit ähnlich – um eine unbewältigte Vergangenheit.⁵

Da das Trauma „Ortstafelsturm“ nie aufgearbeitet wurde, nimmt es nicht Wunder, wenn diese Geschichte Kärnten heute wieder einholt: Die Demontage der Hinweisschilder mit den Ortsbezeichnungen „Ljubljana“ und „Udine“ an der Autobahn bei Villach, die Weigerungen des Kärntner Landeshauptmannes, das VfGH-Urteil über die topografischen Aufschriften zu vollziehen, seine Schmähungen des obersten Gerichts und seine Drohungen in Richtung Volksgruppe sind nichts anderes als die Wie-

derkehr eines Habitus, der für die Ausübung deutschnationaler Vorherrschaft typisch ist.

Statt Aufarbeitung wurde die Mythenbildung gepflegt. Jeder Mythenbildung liegt das Klischee zugrunde, die Kärntner Politik würde alle Maßnahmen im Sinne der breiten Bevölkerungsmehrheit setzen. Dabei wird „Bevölkerung“ mit jener Deutschkärntner Mehrheitsgruppe gleich gesetzt, die sich „einsprachig“ definiert und die in den „Heimatverbänden“ organisiert ist. Dort und nur dort wird über das Inszenieren von „Protesten“ Druck auf die Landespolitik ausgeübt. Bei entsprechender soziologischer Betrachtung liegt der Schluss nahe, dass es jeweils nur eine Minderheitsfraktion von gut organisierten „Heimatschützern“ ist, die hinter den „Protesten“ steckt und auf diese Weise Politik im Schatten der Regierung macht. Dies war beim Schulstreik 1958 gegen die gemeinsame zweisprachige Schule der Fall; dies war beim Ortstafelsturm 1972 der Fall und dies war bisher bei jeder „Protestbewegung“ gegen kritische Berichterstattung über Kärnten der Fall. Die Lautstärke und die regierungsamtliche Verbrämung des Protests sollen glauben machen, dass „das Land Kärnten“ betroffen sei und „das Volk“ im Begriff stehe, sich zu erheben.

Der beliebteste Kärntner Mythos ist der vom Ortstafelsturm als spontane Volkshebung. Die spontane Ortstafel-Volkshebung, so der ehemalige Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Heinz Stritzl, soll eine Folge der verfehlten sozialistischen Politik gewesen sein; d. h. bekämpft wurde im Grund eine sozialistische Politik, die in Wien in „krasser Fehleinschätzung der Stimmung in Kärnten“ ein „schlechtes Gesetz gegen Kärnten“ gemacht hätte (Kleine Zeitung, 6. Oktober 1992). Es sei deshalb durchaus verständlich, dass das „latente Unbehagen“ der Deutschkärntner zu „emotionsgeladenen Reaktionen“ geführt hätte, dass die „aufgewühlten Gefühle“ schließlich eskalierten und Ortstafeln niedergerissen wurden.

Alt-Landeshauptmann Leopold Wagner, der der eigentliche Profiteur davon war, dass Landeshauptmann Hans Sima über den Ortstafelsturm gestürzt ist (Sima wurde 1973 als Landesparteiobmann durch Wagner abgelöst

und 1974 als Landeshauptmann durch Wagner ersetzt), interpretierte 1989 in einem Interview den Ortstafelsturm wie folgt:

Ich glaube, daß es zum Teil eine spontane Publikumserhebung war. (...) Es ist durchaus das legale Recht der Bevölkerung, gegen irgendetwas, das sie als Zwangsmaßnahme ansieht zu demonstrieren. (...) Es ist dem Volk gestattet, sich gegen etwas aufzulehnen. Und das hat das Volk gemacht (Falter 30/1989, 6).

Auch 30 Jahre nach dem Ortstafelsturm sieht Alt-Landeshauptmann Wagner das, was damals „das Volk gemacht“ hat, als positiv an. Nach dem Ortstafelsturm sei alles zum Besten geregelt worden.

Der Ortstafelsturm wird in der Geschichtsschreibung der Republik sträflichst misshandelt, nur um Kärnten ein negatives Image zu geben. (...) Die slowenische Minderheit wird nicht unterdrückt, in Kärnten kann jeder frei leben. Der Staatsvertrag ist in Wahrheit erfüllt. (...) Das anerkennen alle bis auf die Kommunisten, die an der Uni Klagenfurt lehren (...) (Kleine Zeitung, 3. Dezember 2002).

Positives will auch der KHD-Obmann Josef Feldner 20 Jahre nach dem Ortstafelsturm bezüglich der Mitwirkung seiner Organisation sehen. In einer Aussendung des Kärntner Heimatdienstes (KHD) betont Feldner, dass die KHD-Großkundgebung am Alten Platz am 15. Oktober 1972 in Klagenfurt, an der ca. 15.000 Menschen teilgenommen haben, vor allem eines erreicht habe: Es sei dem KHD gelungen, „den breiten Protest gegen die verfassungswidrige und auf völlig unzulänglichen Grundlagen beruhende Ortstafelregelung in demokratische Bahnen zu lenken“ (Kleine Zeitung, 9. Oktober 1992).⁶

Den Ortstafelsturm als demokratische Protestbewegung darzustellen, ist ein weiterer Mythos, an dem die Kärntner Politik, heute wie damals, höchst interessiert ist. Ein mit parlamentarischer Mehrheit (allerdings eben „nur“ mit SPÖ-Stimmen) verabschiedetes Gesetz wurde als „Diktat aus Wien“ interpretiert. Die Auflehnung gegen das „Diktat aus Wien“ erschien dem Volk besonders dann plausibel und legitim, wenn beim Protest die heimischen Politiker mit von der Partie waren und vorzeigten, wie's ge-

macht wird - das „Erheben des Volkes“ bzw. das Ausheben der Ortstafeln.⁷

Ein ehemaliger Ortstafelstürmer (O) im Interview mit einer Studentin (I):

O: Eines stimmt sicher, durch das Mittun des Bürgermeisters war die Aktion bzw. die Aktionen schon nicht mehr so illegal für uns. Es kann auch sein, dass viele aus Solidarität mitgetan haben; aber ich glaube eher, dass alle, die dabei waren, sehr für die Sache waren...

I: Für welche Sache?

O: Na ja, die Tafeln zu stürmen, Kärnten zu retten... (Tonbandabschrift, Archiv d. Verf., SS 1988)

Ein anderer ehemaliger Ortstafelstürmer, der inzwischen in seiner Heimatgemeinde ein politisches Spitzenamt bekleidet, im Rückblick nach 30 Jahren:

Ich war damals ein begeisterter Anhänger des Kärntner Heimatdienstes. Der KHD hat den Hass geschürt. Uns wurde eingetrichtert, dass Jugoslawien Ansprüche an unser Land stellt, die Grenze nicht anerkennt. Uns Junge haben sie dann vorgeschickt (Kärntner Monat, Oktober 2002, 33).

Ob dieser junge Mann, der damals 15 Jahre alt war, wirklich „vorgeschickt“ wurde, darf bezweifelt werden. Er selbst schildert sein Mittun so:

An einem Herbsttag 1972 war ich mit einem Arbeitskollegen auf dem Heimweg nach St. Primus. Vor dem Gasthaus war eine Menschenmenge. Es hieß: Heute gibt's den Ortstafelsturm. Wir sind gleich mitgefahren. Eine Nacht lang waren wir unterwegs, mit 60 bis 70 Autos, von Tafel zu Tafel. Wir haben sie in den Klopeinensee geworfen. Die Ortstafel von Obersammelsdorf habe ich selbst herausgerissen (Kärntner Monat, Oktober 2002, 32).

Zum Mythos von der spontanen, friedlichen Protestbewegung, zu der der Ortstafelsturm umgedeutet wurde (sei es aus schlechtem Gewissen oder aus vordergründigen politischen Motiven), gehört auch das Image der Gewaltlosigkeit. Nochmals Heinz Stritzl, im Kampf um die „richtige“ Erinnerung nach 20 Jahren: „Es muß aber mit dem gebotenen Nachdruck gesagt werden, daß Opfer der Gewalt ausschließlich Ortstafeln waren“ (Kleine Zeitung, 6. Oktober 1992).

Ganz ähnlich auch Andreas Mölzer, zeitweise Chefredakteur der Kärntner Nachrichten und persönlicher Berater von Jörg Haider:

Es kam dabei nirgends zu Ausschreitungen, geschweige denn zu Tötlichkeiten gegen die slowenische Bevölkerung. Von „antislowenischen Exzessen“, wie es in ausländischen Medien danach hieß, kann deshalb keineswegs die Rede sein. Die vielen slowenischen Privataufschriften auf Gebäuden im Grenzland blieben dabei ebenso unbehelligt wie etwa slowenische Grabsteine (Mölzer 1990, 103).⁸

Die Polizeiprotokolle der damaligen Zeit widerlegen die Chefredakteure Stritzl und Mölzer eindeutig. Die Gewalt richtete sich nicht nur gegen Ortstafeln: Die Autoreifen des Wagens von Landeshauptmann Sima wurden aufgestochen, Partisanendenkmäler geschändet, Wegweiser und Fahrbahnen wurden mit Parolen wie „Tod dem Sima“ beschmiert, dem Gendarmerieposten Kühnsdorf/Sinča vas wurde von einem anonymen Anrufer gedroht, es würde ein Elektromasten gesprengt, „wenn noch einmal ein Abwehrkämpfer wegen Übermalung von Ortstafeln zur Anzeige gebracht werde“ (Kärntner Tageszeitung, 1. Oktober 1972).

Nach Zeitungsmeldungen gab es allein bei der Zusammenrottung von deutschnationalen Demonstranten am 25. September 1972 vor der Klagenfurter Arbeiterkammer, als Bundeskanzler Bruno Kreisky versuchte, vom Ausgang aus sein Auto zu erreichen, sechs verletzte Polizisten. Kreisky erinnert sich zehn Jahre später: „Die sind mit zerbrochenen Ortstafelschildern auf mich losgegangen. Reine Nazis. Tausende Leute“ (profil, 13. Juni 1983).

Die antisemitischen Attacken gegen Kreisky – er wurde mit Ausdrücken wie „Judensau“ und „Saujud, ich schneid dir die Gurgel durch“ beschimpft bzw. bedroht⁹ – wurden später von der Kärntner Presse schamhaft verschwiegen.¹⁰ Auch Kreiskys Einschätzung dieser Erlebnisse in Klagenfurt als „größte nazistische Demonstration nach dem Krieg“ wurde in Kärnten weder geteilt noch mitgeteilt.

In den Erinnerungen ehemaliger Aktivisten des Ortstafelsturmes sind Szenen präsent, die das hohe Ausmaß an aufgetauter Aggression deutlich machen. Der oben zitierte vormalige Ortstafelstürmer:

Sie (die Exekutive) zeigte Verständnis und es kam zu keinen blutigen Auseinandersetzungen. (...) Natürlich gab es auch Handgreiflichkeiten, auch ich erinnere mich, einen Beamten mit den Fäusten attackiert zu haben, aber das war nicht mehr als eine Rangelei. Das Fass zum Überlaufen gebracht hätte aber beinahe der damalige Gendarmerieoberst Z, der androhte, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, woraufhin sich die Stimmung verschärft hat und sogar Kommentare zu hören waren wie „das nächste Mal nimm i a Pistoln mit“. Im Großen und Ganzen verhielt sich aber die Exekutive tolerant. Was meines Erachtens damit zusammenhängt, dass die auswärtigen Beamten sich auf nichts einlassen wollten. Die waren jung und eine blutige Konfrontation hätte sicher ihrer Laufbahn geschadet. Außerdem hatten die überhaupt keine Ahnung, worum es hier ging (Tonbandabschrift, Archiv d. Verf., SS 1988).

Andere Aktivisten schildern Konflikte zwischen „fremden“ und einheimischen Exekutivbeamten:

Diese fremden Gendarmen werden jedoch von ihren Kärntner Kollegen sofort „zur Ordnung“ gerufen. Die Beamten sind in der Bevölkerung bestens integriert und in den betroffenen Ortschaften zu Hause. Sie kennen die Stimmung nur zu gut. Sie wissen, daß es bei eventuellen Zusammenstößen mit Verletzten zu einem Bürgerkrieg kommen könnte (Grimm/Besser-Walzel 1986, 199).

Die „fremden Gendarmen“, von denen hier die Rede ist, mindestens 150 an der Zahl, wurden aus anderen Bundesländern abgezogen und zur Bewachung der Ortstafeln in Kärnten eingesetzt. Dieser Einsatz galt nicht nur der Verstärkung der Kärntner Gendarmerie, sondern sollte auch „objektive“ Amtshandlungen garantieren, weil zu befürchten war, dass die einheimischen Kollegen vielleicht doch eine zu große „Toleranz“ gegenüber den Ortstafelstürmern aufbringen würden.¹¹ Interessant ist auch, dass zu Beginn der Aktionen die Gendarmen in Zivil waren und sich in der Nähe der Ortstafeln versteckt hielten, das heißt, dass sie den Auftrag hatten, die Ortstafeln zu bewachen, ohne sich selbst zu zeigen. Außerdem hatten sie vom damaligen Innenminister Rösch den Auftrag, keine Personaldaten aufzunehmen, sondern nur die Nummern der Fahrzeuge der Ortstafelstürmer zu notieren¹². Das hatte sich in der Szene rasch herumgesprochen und manche Barrieren

noch zusätzlich herab gesetzt. Eugen Freund, der damals vor Ort recherchierte und die Ereignisse in seinem Tagebuch festhielt, berichtet 20 Jahre später folgende Szene:

Nach und nach kommen Autos, werden am Straßenrand abgestellt. 2 Gendarmen in Zivil: „Was wollen S' da?“ – „Wir holen die Tafeln!“ – Die verblüfften zwei Gendarmen, die die Tafeln bewachen, kamen erst gar nicht dazu, irgend etwas zu unternehmen. Aus den Autos stiegen ca. 150–200 Leute, denen es in wenigen Minuten gelang, fünf der sechs Hinweisschilder zu demontieren, wobei man sich anfänglich sogar darüber stritt, ob man sie samt den Ständern entfernen und was mit der einen einsprachigen Tafel geschehen sollte. Man einigte sich schließlich darauf, die zweisprachigen abzumontieren („A hot wer an Zehner-Schlüssel do?“) und die deutschsprachige stehen zu lassen (Der Standard, 28. September 1992).

In der Kärntner Öffentlichkeit sind Ausmaß und Gewaltförmigkeit des Ortstafelsturmes so gut wie unbekannt geblieben. Weitgehend unbekannt ist auch, dass die Kärntner Landesregierung noch unter Landeshauptmann Sima eine „Ortstafelsturm Dokumentation“ (abgekürzt: OT-Doku.) angefertigt hatte. Aus verständlichen Gründen war die folgende Landesregierung unter Landeshauptmann Wagner nicht mehr daran interessiert, dass diese Dokumentation an die Öffentlichkeit gelangte. Die wenigen vielfältigen Exemplare dieses „Geheimberichts“, der dem Ortstafelsturm-Mythos ein Stück weit den Boden hätte entziehen können, konnten keine aufklärende Wirkung erzielen.

„Wir werden wieder in einen Abwehrkampf eintreten“. Die Mobilisierung der Straße

Die Frage der zweisprachigen topografischen Aufschriften wurde auf politischer Ebene schon in den 60er Jahren heftig und ausführlich diskutiert. Die FPÖ, angeführt durch den Abgeordneten Dr. Otto Scrinzi (dessen Naheverhältnis zu Alt- und Neonazigruppen bekannt ist) und der KHD (unter dem damaligen Obmann Heribert Jordan – ebenfalls ein Mann mit NS-Vergangenheit) waren von Anfang an für

eine „Minderheitenfeststellung“. Die ÖVP schwenkte ziemlich genau zu dem Zeitpunkt auf diese Forderung ein, als die ersten Schmieraktionen gegen zweisprachige Aufschriften stattfanden, nämlich 1968.¹³

Die Gegenseite war auch nicht träge: Vor allem ab dem Jahre 1970 gingen junge Leute von der slowenischen Volksgruppe verstärkt daran, einsprachige Ortstafeln mit slowenischen Bezeichnungen zu ergänzen.¹⁴ 1970 war überhaupt ein Jahr der verschärften Polarisierung, da die 50-Jahr-Feiern des Abstimmungsereignisses von 1920 ins Haus standen, Feiern, die seit jeher von den Deutschnationalen für ihren Kultur- und Volkstumskampf funktionalisiert wurden. So auch 1970; auf Transparenten wurde gefordert: „Minderheitenfeststellung“, „Gleichberechtigung für die Mehrheit“, „Toleranz ja – weitere Geschenke nein“. Der dem deutschnationalen Spektakel wohl gesonnene SPÖ-Landeshauptmann Sima fand es passend, einen ehemaligen SS-Oberscharführer und Kreishauptamtsleiter der NSDAP, einen Mann, der in der Nazizeit für Eindeutschungsaufgaben im besetzten slowenischen Oberkrain/Kranj herangezogen worden war, abermals mit der Organisation der Landesfeiern zu betrauen, nämlich Dr. Franz Koschier.¹⁵

Provoziert durch dieses Zurschaustellen und Feiern des großdeutschen Sieges (Eichenlaub und NS-Abzeichen wurden bei der 10. Oktober-Feier offen getragen), verschärfte die Kärntner Slowenen 1971 ihre Angriffe auf die SPÖ-Landespolitik und auf die Symbole des Heimatdienstes und des Abwehrkampfes. Abwehrkampf- und Kriegerdenkmäler wurden beschmiert. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass schon zu diesem frühen Zeitpunkt, also 1 Jahr vor dem Ortstafelsturm, für die Kärntner Exekutive eine Verstärkung von der Wiener Staatspolizei angefordert wurde (OT-Doku., 27).

Die Regierung Kreisky war bereits 1971 fest entschlossen, durch das Aufstellen zweisprachiger Ortstafeln etwas zur Erfüllung des Art. 7 des Österreichischen Staatsvertrags von 1955 beizutragen. Landeshauptmann Sima, bei dem sich Kreisky mehrfach rückversicherte, unterstützte den Bundeskanzler bei diesem Vorhaben

vorbehaltlos¹⁶ und kündigte seinerseits in der Kärntner Landtagssitzung Ende November 1971 an, dass das Land jetzt Aktivitäten setzen würde – und zwar ohne Minderheitenfeststellung. Die Aufstellung sollte auf der Basis der Volkszählung von 1961 und nach der 20-%-Klausel erfolgen. Diese Kriterien erfüllten 205 Ortschaften in 36 Gemeinden – 205 Ortschaften, die dann vom Ortstafelsturm betroffen waren.

Im Frühjahr 1972 eskalierte die Stimmung. Es wurden permanent Delegationen zu Verhandlungen ausgeschiedt, es wurde ununterbrochen diskutiert, gestritten, Tafeln beschmiert und Flugblätter gestreut. Von einer „überfallsartigen Nacht- und Nebelaktion“ – gemeint ist dabei immer, die politische Entscheidung, mit dem Aufstellen der zweisprachigen Ortstafeln zu beginnen – kann deshalb nicht gesprochen werden. Dennoch schürten die Kärntner Medien das Gerücht eines überfallsartigen, von Wien aus befohlenen Aufstellens der Ortstafeln. Seit Jänner 1972 schrieben sie von einem „Sima-Geheimplan“ bzw. von einer „Geheimdiplomatie der SPÖ“ und einem „Geheimvorschlag Simas“. Dieses Vokabular wurde beibehalten, obwohl eben diese Medien bereits im März 1972 die Meldung verbreiteten, dass nach dem Parlamentsbeschluss 205 Ortschaften zweisprachige Aufschriften bekommen sollen (Dotter 1972). Die Aufstellungsorte blieben allerdings wohlweislich bis zum Stichtag „geheim“; jeder Sachkundige konnte sich selbst aufgrund der Kriterien leicht ausrechnen, wo welche aufgestellt werden müssen.

Die Bevölkerung war also durchaus vorbereitet, allerdings im negativen Sinn. KHD und Abwehrkämpferbund hatten am fleißigsten mobilisiert und am deutlichsten angekündigt, was geschehen würde, sollten die Ortstafeln – ohne vorherige Minderheitenfeststellung – aufgestellt werden. Bei der Jahresversammlung des Kärntner Abwehrkämpferbundes am 22. April 1972 in Klagenfurt/Celovec rief der Landesobmann, Siegfried Sames, zu einem „neuen Abwehrkampf“ auf: „Wir sind wieder in einen Abwehrkampf, wenn auch mit geistigen Waffen, eingetreten“ (Kärntner Tageszeitung, 23. April 1972). Ein Zwischenrufer aus dem Fußvolk meinte dazu: „Versuchen wir es noch

einmal mit einer Unterschriftensammlung, und wenn auch das nicht hilft, dann: Volk steh' auf – Sturm brich los“ (OT-Doku., 47). Landeshauptmann Sima wurde von einer Abwehrkämpferbund-Delegation darüber informiert, dass man nicht gewillt sei, „eine Vergewaltigung Südkärntens durch einseitige Maßnahmen zu Gunsten der slowenischen Minderheit“ hinzunehmen (OT-Doku., 47).

Die Kärntner Nachrichten (FPÖ-Organ) gehen über die Fantasie einer slawischen Vergewaltigung Südkärntens noch hinaus, wenn sie am 10. Juni 1972 schreiben: „Eine planmäßige Aussiedlung aller Deutschen aus dem gemischtsprachigen Gebiet wird vorbereitet“. Diese Fantasie nimmt vermutlich auf jene Zeit Bezug, als im Mai 1945 den Tito-Partisanen unterstellt wurde, sie hätten den Plan, alle „Deutschen“ aus Südkärnten auszusiedeln, eine Fantasie, die spiegelbildlich zur tatsächlichen Aussiedlung der Kärntner Slowenen verläuft.

Die Kärntner Nachrichten schrieben auf einem anderen Gebiet allerdings geradezu prophetisch, wenn sie bereits am 18. März 1972 verkündeten:

Wenn in Hermagor, Klagenfurt und Völkermarkt slowenische Ortstafeln aufgestellt werden sollten, wird dies von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als Herausforderung empfunden werden. (...) Es ist darum zu erwarten, daß diese Tafeln von der empörten Bevölkerung heruntergeschlagen würden (...) und es wird nicht möglich sein, zu jeder slowenischen Ortstafel Tag und Nacht einen Gendarmen dazuzustellen (Kärntner Nachrichten, 18. März 1972).

Am 2. Juli 1972 wusste die Volkszeitung (ÖVP-Organ) zu berichten, dass der damalige stellvertretende KHD-Obmann Josef Feldner in Ferlach für seine Organisation unterstrichen habe, „daß der KHD nicht die Absicht habe, zur geplanten Ortstafelregelung zu schweigen und tatenlos zuzusehen, wie sie auf einer völlig unzulänglichen Grundlage zur Durchführung gelangen soll“.

Später hatten nur mehr ganz wenige KHD-Organisationen den Mut, hinter diesen Aufrufen und den sich daraus ergebenden Folgen zu stehen. Zu den Organisationen mit Bekennermut gehörten die „waffentragenden Studenten“,

die später sowohl von einer „geplanten Ortstafel-demontage“ sprachen als auch offen bekannten, welche Corporationen aktiv am Ortstafelsturm teilgenommen hatten:

Am Vorabend des 10. Oktober erlebt das Kärntner Unterland ein gespenstisches Schauspiel, das die Regierenden nie wieder vergessen sollten. Im Gemeindegebiet von Ludmannsdorf, Köttmannsdorf und St. Jakob im Rosental entsteht am Abend eine Kolonne von mehr als hundert Autos mit demonstrierenden jungen Kärntnern. Der Zug begibt sich durch das Rosental in Richtung Rosegg bei Velden am Wörther See. (...) In den ersten Autos sitzen Burschenschafter der Alpinaten, Taurisken, Freyonen und Gothen (Grimm/Besser-Walzel 1986, 203).

Am Anfang sollen es jedoch, so die beiden Aktivisten Grimm und Besser-Walzel, „junge Windische“ gewesen sein, die zweisprachige Ortstafeln zu demontieren begannen. Hier wird eine für Kärnten typische ethnische Zuschreibung vorgenommen, die speziell auf (über)assimilierte Kärntner SlowenInnen abzielt: „Es sind junge Windische, die mit der Anbringung der Ortstafeln ohne vorhergegangene Minderheitenfeststellung nicht einverstanden sind“ (Grimm/Besser-Walzel 1986, 198).¹⁷

In der Nacht zwischen dem 20. und 21. September 1972 wurden die ersten zweisprachigen Ortstafeln aufgestellt. 24 Stunden später setzten die Schmier- und Demontageaktionen ein. Gleichzeitig gab es die ersten anonymen Bombendrohungen (gegen das Gebäude der Landesregierung und das der Schulschwester in Völkermarkt/Velikovec). Ortstafelschmierer wurden festgenommen. Die beschmierten Ortstafeln wurden von der Straßenverwaltung innerhalb von 24 Stunden wieder gereinigt, demonstrierte Ortstafeln neu befestigt. Am 24. und 25. September gingen die Aktionen weiter. Polizei- und Gendarmerie bekamen Verstärkung aus anderen Bundesländern. In jeder Nacht wurden Ortstafeln beschmiert oder abmontiert. Bei mehreren Gendarmerieposten gingen anonyme Drohungen ein, es würden Hochspannungsmasten gesprengt, sollte die Gendarmerie weiterhin die Aktionen der Ortstafelstürmer behindern.

Die Beteiligung am Ortstafelsturm weitete sich rasch aus. Man sprach davon, dass bis zum 10. Oktober keine einzige zweisprachige Orts-

tafel mehr stehen würde. Insgesamt hatten bereits vor dem 10. Oktober ca. 120 Aktionen gegen zweisprachige Ortstafeln stattgefunden (wie die Volkszeitung zu berichten wusste). In der Nacht vom 9. auf 10. Oktober brachen die Kolonnen direkt von den Abstimmungsfeiern „52 Jahre Abwehrkampf und Volksabstimmung“ zum Ortstafelsturm auf. 200 Autos fuhrten von Ferlach/Borovlje ins Rosental. Zwischen Köttmannsdorf/Kotmara vas und Ludmannsdorf/Bilčovs formierte sich ein Zug von ungefähr 100 PKWs. Gegen 22h30 vereinigten sich beide Kolonnen mit lautem Gehupe zu einem gewaltigen Demonstrationzug. Ein Teil davon fuhr nach Klagenfurt/Celovec, wo vor dem Gebäude der Landesregierung die abmontierten zweisprachigen Ortstafeln und Hinweisschilder abgeladen wurden. Einer der Anführer, Major der Reserve und heute ein lang gedienter KHD-Funktionär, machte dort vor seinen Mannen eine gefechtsmäßige Meldung: „Meine Herrn, unsere Aufgabe ist damit erfüllt; ich danke Ihnen, die daran teilgenommen haben, nochmals“ (OT-Doku., 66). Anschließend fuhrten rund hundert sangesfreudige Randalierer zur Wohnung von Landeshauptmann Sima, um dort den Terror bis 2 Uhr früh fortzusetzen. Eine Anzeige wurde erstattet. In St. Margarethen im Rosental/Šmarjeta v Rožu versammelten sich am gleichen Abend nach den Feiern ca. 120 Menschen mit Fackeln in den Händen und machten sich auf den Weg nach Zell-Freibach/Sele-Frajbah. Auch in Völkermarkt/Velikovec bildete sich eine Kolonne von 100 PKWs und fuhr über Kühnsdorf/Sinča vas und Miklauthof/Miklavčevo weiter nach Bleiburg/Pliberk.

Insgesamt waren in dieser Nacht weit über 1.000 Menschen in rund 600 Autos zum Ortstafelstürmen unterwegs, aufgehetzt, gewaltbereit und zur radikalen „Säuberung“ entschlossen. Die Folge: Am 10. Oktober 1972 gab es keine zweisprachigen Ortstafeln mehr im Kärntner Unterland.

Am 14. Oktober begann die Straßenverwaltung neuerlich mit der Aufstellung von Ortstafeln. Der Ortstafelsturm ging weiter und in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober kam es in St. Kanzian/Škocijan neuerlich zu gewaltsa-

men Aktionen. Rund 300 Leute in ca. 150 Autos waren unterwegs, um zweisprachige Ortstafeln zu stürmen. Ein Bürgermeister wurde von der Gendarmerie als Anführer einer Kolonne Ortstafelstürmer identifiziert.

An dieser Stelle soll aus einem aufschlussreichen Dokument, das allerdings nicht Bestandteil der OT-Doku. ist, eine längere Passage zitiert werden. Es handelt sich dabei um die Strafanzeige eines Gendarmeriepostenkommandos gegen einen der Anführer des Ortstafelsturmes wegen Verdachts einer strafbaren Handlung (Strafanzeige vom 16. November 1972 an die Staatsanwaltschaft Klagenfurt/Celovec):

Der beschuldigte X fuhr am 25. Oktober 1972 gegen 19.30 Uhr mit seinem PKW K..... als Anführer einer Kolonne von ca. 150 Kraftfahrzeugen auf der Turnensee-Landesstraße zur Abzweigung der Gemeindestraße nach Obersammelsdorf, wo die Kolonne anhielt und den Kraftfahrzeugen mindestens 300 Personen entstiegen. Diese Personen versammelten sich schreiend und johlend vor den zweisprachigen Wegweisern nach Obersammelsdorf und Unternarrach, um diese zu entfernen. Die angeführten Wegweiser wurden durch zehn Gendarmeriebeamte unter dem Kommando von XY geschützt, (...), der unmittelbar vor XY stehende (beschuldigte) X forderte die Volksmenge mit den Worten „Burschen, die Tafeln müssen weg“ zur Entfernung der Tafeln auf. Hierauf drängte die Volksmenge die Gendarmeriebeamten ab, befreite in einem Massenangriff gewaltsam einen durch XY „Im Namen des Gesetzes“ festgenommenen unbekanntem Mann, demontierte gewaltsam alle zweisprachigen Hinweistafeln und nahm diese mit. An dem tatsächlichen Angriff gegen die Gendarmeriebeamte hatten sich in diesem Falle etwa 20 männliche Personen beteiligt.¹⁸

Der Anzeige ist weiters zu entnehmen, dass die Kolonne ihre Fahrt fortsetzte und eine halbe Stunde später neuerlich Gewaltakte setzte. Bei diesen wurde abermals ein Mann, der zum Einsatzfahrzeug abgeführt werden sollte, von etwa 60 Personen gewaltsam befreit; er konnte, wie das Protokoll vermerkt, „unerkannt in der Menge untertauchen. Bei diesem Vorfall wurden die Beamten herumgerissen und herumgestoßen, ein Beamter wurde auf einen Sandhaufen geworfen und einem anderen ein Tritt gegen den Hoden versetzt“.

Die Aktionen gegen das Ortstafelgesetz wurden bis zum Jahresende 1972 fortgesetzt, bis keine neuen Ortstafeln mehr aufgestellt wurden. Der Ortstafelsturm versandete durch das Bemühen der Politiker, Kommissionen zu installieren und auf Verhandlungsebene den Konflikt zu befrieden.¹⁹ Schon zuvor war offensichtlich die Situation den meisten Politikern zu heiß geworden; dem KHD waren die Aktionen schon Anfang Oktober 1972 aus dem Ruder gelaufen. Außenpolitische Konsequenzen zeichneten sich ab, da die jugoslawische Regierung, die 1955 auch den Österreichischen Staatsvertrag unterzeichnet hatte, immer deutlichere Depeschen nach Wien schickte und in Ljubljana/Laibach schon Zehntausende gegen die Kärntner Minderheitenpolitik demonstriert hatten.

„...ein gespenstisches Schauspiel, das die Regierenden nie wieder vergessen sollten“. Fragen nach Struktur und Wirksamkeit der politischen Inszenierung

Gab es in Kärnten schon Vorerfahrungen mit antislowenischen Demonstrationen?

1958 wurde von den Deutschnationalen die erste große Kampagne gegen die obligatorische zweisprachige Schule gestartet. Eltern wurden aufgerufen, ihre Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken, sofern die Regierung am „Schul-Sprachenzwang“ festhielt. Dieser „Schulstreik“ war die erste gemeinsame Aktion der KHD-Organisationen. „Die führende Rolle des KHD im Kampf gegen den verpflichtenden zweisprachigen Unterricht war schon damals offensichtlich“ (Fritzl 1990, 65). Organisationen mit Infrastruktur und entsprechende Erfahrungen, unter anderem auch die, wie leicht die Landesregierung durch den Druck der Straße in die Knie zu zwingen ist, existierten also bereits.²⁰

Wie wurde der Ortstafelsturm organisiert?

Dass er organisiert war, steht außer Frage. Aber wie? Ein in dieser Angelegenheit neutraler Fachmann, ein Offizier des Österreichischen

Bundesheeres, der die oben genannten Kraftfahrzeugströme analysierte, kam zu dem Ergebnis, dass „motorisierte Kolonnenmärsche“ dieser Größenordnung, zumal wenn sie in der Nacht in Marsch gesetzt werden, einer logistischen „befehlsmäßigen Steuerung“ bedürfen. Die „Kolonnenmärsche“ nahmen ihren Ausgang von vereinbarten Treffpunkten, zumeist waren dies bekannte Gaststätten. Die Burschenschaftler trafen sich in den Wohnungen der „Alten Herrn“. Die Information, wann und wo es losging, wurde auf verschiedenen Wegen weiter transportiert, z. B. über Telefonketten, an Vereinsabenden bzw. bei Chorproben, nach Sportveranstaltungen. Der „harte Kern“ sprach sich vermutlich gleich nach jeder Aktion für die nächste Nacht ab. Manche Autos mögen wie Sammeltaxis fungiert haben; man hat sich das Codewort von Fenster zu Fenster zugerufen, „morgen obend pock mas wieda“; oder man gab vor dem Fenster Hupsignale. Vermutlich hatte jede Aktion bzw. jede Kolonne einen Anführer; das war auch notwendig, da sich auch Nicht-Ortskundige an den Aktionen beteiligten (PKW-Kennzeichen aus Oberkärnten und aus anderen Bundesländern wurden gesehen). In einem Fall wurde bekannt, dass Lautsprecher und Funkgeräte im Einsatz waren; in zumindest zwei Fällen haben die Anführer am Treffpunkt „Reden“ gehalten. Ein Fall kam zur Anzeige, weil die Versammlung nicht angemeldet war.

Planungen und Absprachen waren auch über die Arbeitsteilung notwendig. Es gab zumindest folgende Funktionen: Anführer mit Ortskenntnis, die wussten, wo welche Tafeln standen; sie konnten auch Sicherungs- und Ablenkungsaufgaben wahrnehmen; Fahrzeuglenker: Sie werden später zu Protokoll geben, sie seien nur aus Neugierde mitgefahren und die Leute, die ihnen die Ortstafeln in den Wagen geladen haben, hätten sie noch nie vorher gesehen; Zuträger, also Männer, die die abmontierten Ortstafeln in die bereit stehenden Autos luden oder sie im Klopeinensee oder in der Drau „entsorgten“; manche von ihnen bewahrten die Tafeln als Trophäen auf; und schließlich die Demontierer: Da gab es solche, die in Rambo-Manier die Ortstafeln samt Verankerung ausrissen, und solche, die die richtigen Werkzeuge mitführten, damit

die Tafeln, ohne beschädigt zu werden, abmontiert werden konnten. Wahrscheinlich gab es auch Organisatoren, die im Hintergrund blieben und an den Aktionen nicht direkt teilnahmen: Sie hatten den Überblick, wo Ortstafeln wieder aufgestellt wurden, welche Strategien und welche Sicherheitsvorkehrungen die Gendarmerie plante; sie gaben die Instruktionen, worauf zu achten ist bzw. mit welchen Strafen zu rechnen ist, bei Sachbeschädigung, bei boshafter Sachbeschädigung, bei einer einzelnen Ortstafel mit oder ohne Rahmen, bei nächtlicher Ruhestörung und Übertretung der Straßenverkehrsordnung usw. Vermutlich wurde den Ortstafelstürmern auch ein „Rechtsschutz“ zugesagt, falls es zu Anklagen käme.

An dieser Stelle muss auch mit einem weiteren Mythos aufgeräumt werden: Der Ortstafelsturm war *keine* Geheimaktion; jeden Tag stand in der Kleinen Zeitung, wo schon wieder Ortstafeln aufgestellt wurden – und in der SPÖ-Zeitung, Kärntner Tageszeitung, stand am nächsten Tag, wo sie gestürmt worden sind. Man darf auch nicht vergessen, dass zwar die Aktionen in der Nacht stattfanden, dass aber meistens JournalistInnen dabei waren, die Blitzlichtaufnahmen machten, zum Teil auch Filmaufnahmen. Das wurde von den Aktivisten natürlich nicht gerne gesehen, auch nicht von den Gendarmen, die sich dann in der Zeitung abgebildet sahen, wie sie untätig den Ortstafelstürmern zusahen oder wie sie lachten, als Bundeskanzler Kreisky und das Ehepaar Sima mit Eiern und Tomaten attackiert wurden. Nicht alle haben sich so mutig den Ortstafelstürmern entgegengestellt, wie die im Akt zitierten Beamten, die Verhaftungen vornehmen wollten und die gegen Ortstafelstürmer Anzeige erstattet haben.

Die Ortstafelstürmer haben sich vermutlich auch dahingehend abgesprochen, wie sie sich rechtfertigen sollten, falls sie verhört würden; außer „ich habe nichts gehört und nichts gesehen“ und „ich war gar nicht dabei“ oder „ich habe nicht gewusst, dass die zweisprachigen Tafeln entfernt werden sollen“ gab es später auch Widersprüche in den Zeugenaussagen: Einer sagte z. B. aus, beim Zusammenstoß mit den Demonstranten hätte ein Gendarm seine Pistole gezogen; ein andere sagte, er hätte nur

die Aufforderung zum Pistolen ziehen gehört; ein Dritter hat davon weder was gehört noch gesehen, dafür macht er die Aussage: „Die Demontage der Wegweiser habe ich nur aus der Ferne beobachtet; Unbekannte haben mit Schraubenschlüsseln Tafeln abmontiert“. Sehr ferne kann er nicht gestanden sein, dieser Augenzeuge. Er wurde auf einem Foto direkt neben den in Aktion befindlichen Ortstafelstürmern identifiziert.

Es soll gegen Ortstafelstürmer ca. 300 Anzeigen bzw. in dieser Angelegenheit ca. 300 Zeugeneinvernahmen durch die Gendarmerie gegeben haben. Ob diese Zahl stimmt, oder ob sie zur Legendenbildung rund um den Ortstafelsturm gehört, ist heute schwer zu überprüfen. Jedenfalls steht fest, dass alle Verfahren (auch die gegen die „Ortstafelschmierer“ aus der slowenischen Volksgruppe) ein Jahr später, also 1973, eingestellt oder niedergeschlagen wurden. Kein Ortstafelstürmer hatte irgendwelche Konsequenzen zu tragen.

Welche Organisationen waren direkt oder indirekt am Ortstafelsturm beteiligt?

Diese Frage lässt sich annäherungsweise beantworten, sofern man die angezeigten Personen oder die in den Vernehmungsprotokollen genannten Personen als Mitglieder den registrierten Vereinen und Organisationen zuordnen kann. Martin Fritzl schreibt: „unter den Ortstafelstürmern (...) befanden sich zahlreiche Sympathisanten des KHD“ (Fritzl 1990, 88). Unter diesen können mehrere als Mitglieder von Teilorganisationen des KHD identifiziert werden. Teilorganisationen, wie der Kärntner Turnerbund, der Sängerbund, Freiheitliche Studentencorporationen (also „Schlagende Verbindungen“), der Abwehrkämpferbund, der Kärntner Schulverein Südmark, der Bund der Kärntner Windischen waren durch Mitglieder oder Funktionäre vor Ort, wobei von zahlreichen Doppelmitgliedschaften bei den Aktivisten auszugehen ist. Außerdem waren zu dieser Zeit Organisationen in Kärnten aktiv, die nicht Mitgliedsorganisationen des KHD sind, wobei aber einzelnen Personen ein Naheverhältnis zum

KHD nachgesagt wird. Solche Organisationen, deren Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Ortstafelsturm standen, waren die Neonazi-Gruppen NPD (Nationaldemokratische Partei Norbert Burgers, 1988 behördlich untersagt) und ANR (Aktion Neue Rechte; wurde nach dem ANR-Prozess 1983 zur Auflösung gezwungen).

Wie haben sich die Kärntner SlowenInnen während des ca. 2 Monate dauernden Ortstafelsturms verhalten?

In den betroffenen Dörfern hatte man Angst, auf die Straße zu gehen. Es war bedrohlich und gefährlich. Marjan Sturm, der zu dieser Zeit in Wien studierte, berichtete kürzlich: „Meine Mutter hat mich tränenüberströmt angerufen und gesagt: Es ist eine Kolonne von Ortstafelstürmern im Hof, sie umkreisen uns in der Nacht. Komm ja nicht nach Hause!“ (Kärntner Monat, Oktober 2002, 32).

Nur in Obersammelsdorf, einem Zentrum des Ortstafelsturms, sollen Slowenen „demonstriert“ haben; dies berichtete zumindest ein ehemaliger Ortstafelstürmer: „In Obersammelsdorf war’s kritisch, dass die Sache eskalierte. Die Slowenen demonstrierten. Wir waren dort. Ein Gendarm hatte seine Pistole gezogen“ (Kleine Zeitung, 13. November 1999).

Es wurde auch davon gesprochen, man habe „Schüsse“ vernommen. Das kann stimmen, denn in einem Protokoll gibt ein Gendarm an, dass Ortstafelstürmer aus einem Auto heraus mit einer Spielzeug-Maschinenpistole Schreckschüsse abgeben hätten. Generell war von den betroffenen SlowenInnen zu hören: „Wir blieben zu Hause, machten die Läden zu, drehten das Licht ab – und hatten einfach schreckliche Angst: Jetzt sind sie wieder da, die Nazis; hoffentlich kommen sie uns nicht holen“.²¹

Meines Wissens ist nur ein Fall aktenkundig, wo ein Ehepaar nachschauen ging, was da am Ortseingang geschah. Autonummern wurden notiert und Anzeige erstattet; und dann brachte man noch den Mut auf, bei der Behörde nachzufragen, was nun mit der Anzeige geschehen sei. Weil dieser Fall des Ehepaares Maria

und Miro Miškulinik so singular ist, muss man ihn erwähnen - auch oder gerade weil die Anzeige im Sande verlaufen ist und weil Herr Miškulinik später von SPÖ-Landeshauptmann Wagner als „Kommunist“ und „leidenschaftlicher Slowene“ diffamiert werden sollte.²²

Ein Ausschnitt aus einem Protokoll einer Zeugeneinvernahme (als Folge der Anzeige durch Herrn Miškulinik, aufgenommen am 19. 12. 1972, also zweieinhalb Monate nach dem Ortstafelsturm) wirft ein Licht auf die damalige „Verteidigungsstrategie“ der Akteure:

Ich habe keine zweisprachige Ortstafel abmontiert, wohl aber habe ich mich aus Protest gegen die Anbringung der zweisprachigen Ortstafel am 9.10.1972 mit dem PKW meines Vaters (...) an der Demonstration (...) beteiligt. Irgendwelche Zwischenfälle bei der Abmontierung der zweisprachigen Ortstafel habe ich nicht wahrgenommen. Die Personen, die die Ortstafel abmontiert haben, sind mir nicht bekannt, und würde ich diese auch nicht mehr wiedererkennen. Der Verdächtige Z hat auf der Fahrt mit einem Lautsprecher immer wieder zur Besonnenheit die Teilnehmer des Demonstrationzuges ermahnt, insbesondere hat er die Teilnehmer ermahnt, die Tafeln nicht herunterzureißen, sondern sie herunterzuschrauben und sie nicht zu beschädigen.²³

Wenn geschürte Empörung zu Protest und Protest zu offenem Terror wird

Sofern man die analytischen Kategorien von Peter Waldmann (1998) anwendet, steht der Ortstafelsturm von 1972 für jene historische Schnittstelle, an der ein „illegaler Protest“, wie es z. B. der Schulstreik von 1958 war, in eine Terroraktion überging.

Folgende Merkmale charakterisierten die Terroraktionen, die im hier diskutierten Fall auch als „irregulärer Krieg der Kärntner Deutschnationalen gegen eine Wiener sozialdemokratische Regierungsmehrheit“ interpretiert werden können:

1. Die Aktivisten agierten aus dem Untergrund und rechneten mit Sympathieeffekten bei der Bevölkerungsmehrheit.
2. Die Aktivisten verletzten die demokratische Verfassung durch gezielte Regelverstöße bzw. Gesetzesüberschreitungen.
3. Die Aktionen waren gewaltförmig; die Aktivisten attackierten die Vertreter der staatlichen Macht.
4. Die Aktivisten waren organisiert und nutzten Kader und Infrastrukturen von Vereinen ethnopolitischer und/oder kultureller Ausrichtung.
5. Die Aktivisten griffen eine Gruppe an, deren nationale Symbole und Einrichtungen unter staatlichem Minderheitenschutz stehen.
6. Es wurde ein Feindbild konstruiert; gegen den „Feind“ wurden Antipathien gerichtet und Aggressionen geschürt.
7. Die Ortstafelstürmer schufen ein hoch emotionelles Klima; dumpfe Gefühle (antislawische Urängste) und antisemitische Vorurteile wurden geweckt und mobilisiert.
8. Die Aktivisten stilisierten sich zu Opfern staatlicher Macht; sie meinten, sie müssten sich wehren, weil sie in einer Nacht- und Nebelaktion „überfallen und vergewaltigt“ worden wären.
9. Der Ortstafelsturm erzeugte Angst und Unsicherheit bei der slowenischen Minderheit.
10. Der Ortstafelsturm zwang den Staat, Untolerierbares, nämlich einen Gesetzesbruch, zu tolerieren.

Der Terrorismusexperte Peter Waldmann schreibt: „Strukturell sind offenbar jene Gesellschaften besonders anfällig für Terrorismus, in denen Probleme sozialer Integration und kollektiver Identität auftreten und deren Machthaber Mühe haben, ihre Herrschaft zu legitimieren“ (Waldmann 1998, 54).

Die Kärntner Nachkriegsgesellschaft war offensichtlich in den 70er Jahren in einem besonderen Maße damit beschäftigt, Fragen der „Integration“ der slowenischen Minderheit und solche der Diffusion der eigenen kulturellen Identität einer radikalen Lösung zuzuführen. Die Lösungen mussten destruktiv ausfallen, da die entsprechenden Fragen in diesem Land ohne Aufklärung und ohne politische Bildung seit 50 Jahren entweder vernachlässigt, verdrängt, tot-

geschwiegen oder herrschaftlich von oben herab erledigt wurden.

ANMERKUNGEN

- 1 Dieses Versäumnis hat nicht nur die Kärntner Landesregierung; sondern ebenso auch die Bundesregierung, die „Kärnten den Kärntnern“ überlassen hat, zu verantworten.
- 2 Im September 2002 erfolgte mit Zustimmung der ÖVP der Beschluss zur finanziellen Basisförderung der fünf „Heimatverbände“: Landsmannschaft, Abwehrkämpferbund, Kameradschaftsbund, Ulrichsberggemeinschaft und Heimatdienst. Dies ist einer der „Erfolge“ der FPÖ-Kulturpolitik unter Landeshauptmann Jörg Haider, der seinerseits Mitglied bei mehreren Teilorganisationen des KHD ist.
- 3 Die von VfGH eingeräumt Frist, innerhalb derer die Bundesregierung das Volksgruppengesetz mit der Ortstafelregelung von 1977 hätte „korrigieren“ können, ist am 31. Dezember 2002 abgelaufen. Wegen dieser Untätigkeit (oder Unwilligkeit bzw. Unfähigkeit) der Regierung wurden von Volksgruppenvertretern Anfang Jänner 2003 bereits neue Klagen beim VfGH eingebracht (Kleine Zeitung, 9. Jänner 2003). Als good-will-Aktion ist zu werten, dass eine Kärntner Kulturinitiative Ende Jänner 2003 am Heimatort Jörg Haider's (in Oberösterreich) eine zweisprachige Ortstafel anbrachte: Bad Goisern/Gojzerje. Die Hochschülerschaft der Universität Klagenfurt/Celovec hatte schon zwei Monate davor eine „Ortstafel“ beim Haupteingang aufstellen lassen, um eine Vorbildwirkung – „als Zeichen für ein gelebtes Miteinander“ – zu erzielen: Universität Klagenfurt/Univerza v Celovcu.
- 4 Tatsächlich wird die slowenische Volksgruppe in Kärnten „immer kleiner“. Der historische Tiefstand wurde bei der Volkszählung 2001 erreicht (rund 12.000 Personen = 2,6 Prozent der Kärntner Gesamtbevölkerung).
- 5 Ein Symptom für diese unbewältigte Vergangenheit ist das Fehlen von wissenschaftlichen Analysen zu den Ursachen und zum Verlauf des Ortstafelsturms.
- 6 Der Terminus „verfassungswidrig“, der in solchen Aussagen immer wieder verwendet wird, soll offenbar die Rechtmäßigkeit des Protestes suggerieren.
- 7 Sofern eine politische Zuordnung möglich ist, zeigt sich, dass die Ortstafelstürmer keineswegs nur aus FPÖ- und ÖVP-Kreisen kamen. Auch lokale Funktionäre der SPÖ beteiligten sich – zu einem Zeitpunkt, als Kreisky und Sima noch auf die volle Umsetzung des Ortstafelgesetzes bestanden. Die Kärntner SPÖ hat in der Ortstafelfrage bis heute keinen fortschrittlichen Standpunkt gefunden. Eine Trennung von der KHD-Linie scheint unmöglich zu sein. Noch im März 2002 ließ die Villacher Bezirks-SPÖ eine von den Grünen „spontan“ errichtete Ortstafel in Maria Gail/Maria na Zilji, einem Ort mit zweisprachiger Volksschule und laut VfGH-Urteil mit Anspruch auf zweisprachige Topografie, wieder entfernen – und zwar noch am selben Tag. Der Villacher SPÖ-Bürgermeister begründete diesen Schritt damit, die Tafel sei „eine Provokation, die nur darauf abzielt, das friedliche Zusammenleben in Villach zu gefährden“ (Kleine Zeitung, 15. März 2002).
- 8 Dass die „vielen slowenischen Privataufschriften“ auf Häusern und Grabsteinen unbehelligt blieben, soll offenbar den Ortstafelstürmern als Verdienst angerechnet werden – oder als Hinweis dienen, welche Handlungen sonst noch möglich (und vielleicht schon geplant?) gewesen wären.
- 9 Vgl. Abdruck in Sommeregger 1983, 133; vgl. auch Obid/Messner/Leben 2002, 137-138.
- 10 In der Literatur fand ich nur eine Stelle, an der explizit auf „Antisemitismus“ Bezug genommen wird: „Unschwer war den Beschimpfungen und tätlichen Bedrohungen des Bundeskanzlers Bruno Kreisky und des Kärntner Landeshauptmannes Hans Sima zu entnehmen, daß sich Antisemitismus und Antisozialismus in durchwegs eindeutiger und undemokratischer Ausformung einmischten“ (Bogataj 1989, 138).
- 11 Die männliche Form „Ortstafelstürmer“ wird hier bewusst verwendet. Kein einziges mir bekanntes Foto zeigt, dass sich auch Frauen als Ortstafelstürmerinnen betätigt haben; vielleicht kam es dennoch vor und sie wurden nur nicht dabei fotografiert; oder sie hatten andere „Aufgaben“ zugeteilt bekommen, die sich mehr auf den häuslichen bzw. kommunikativen Bereich beschränkten.
- 12 Diese Weisung sollte Zusammenstöße zwischen der Exekutive und den Ortstafelstürmern verhindern.
- 13 Im Sommer 1968 kam es z. B. zu Schmieraktionen an der Spar- und Darlehenskasse Völkermarkt/Velikovec, deren slowenische Aufschrift überstrichen und mit der Beschriftung „Kärnten ist deutsch“ versehen wurde. Ein Jahr später wurde die neue zweisprachige Tafel an diesem Geldinstitut abgeschraubt und entfernt (OT-Doku., 13).
- 14 Beim Besprühen der Ortstafel von Hermagor wurde am 26. Oktober 1970 Marjan Sturm, heute Vorsitzender des Volksgruppenbeirates im Bundeskanzleramt, erwischt und angezeigt. Anzeige und Prozess lösten ein internationales Medienecho aus.
- 15 Koschier war SPÖ Mitglied und 1970 auch Direktor des Landesmuseums sowie Multifunktionär in mehreren KHD-Mitgliedsorganisationen; vgl. Fritzl 1990, 24-26.
- 16 Landeshauptmann Sima versuchte in seiner Amtszeit mehrmals einen riskanten Balanceakt: Auf Landesebene kam er oftmals den Wünschen der deutschnationalen Kräfte entgegen, auch wenn diese die slowenische Minderheit brüskierten oder bedrohten, denn schließlich einte der Deutschnationalismus in Kärnten ein nicht zu vernachlässigendes WählerInnenpotential. Andererseits versuchte Sima – auch aufgrund der herrschenden Parteidisziplin – minderheitenfreundliche politische

- Rahmenbedingungen, die die Bundes-SPÖ beschlossen hatte, auf Landesebene durchzusetzen. Damit konnte er aber nur so lange erfolgreich sein, als er seine Landesorganisation, die traditioneller Weise eine starke deutschnationale Schlagseite hatte, mehrheitlich hinter sich und den Beschlüssen der Regierung Kreisky wusste. Tatsächlich folgte die Kärntner SPÖ der Sima-Kreisky-Linie, so lange das minderheitenfreundliche Programm der Regierung nur am Papier stand. In der Causa „Zweisprachige Ortstafeln“ im stürmischen Herbst 1972 blieb dann die SPÖ-Landesorganisation Sima die Gefolgschaftstreue schuldig.
- 17 Dieser Topos ist aus der Geschichte bestens bekannt: Für die herrschende Schicht ist es immer am günstigsten, wenn die Unterdrückten selbst ihre Unterdrückung in die Hand nehmen. „Die jungen Windischen“ sind die „deutsch fühlenden Slowenen“, die keinesfalls zu den „nationalen Slowenen“ gerechnet werden wollten. Die Windischen-Konstruktion geht auf den deutschnationalen Landeshistoriker Martin Wutte zurück, der in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts dieses „schwebende Volkstum“ und eine dazu gehörende Sprache erfand.
- 18 Zitat leicht verändert, da Personennamen anonymisiert wurden; Kopie der Anzeige (E.Nr. 3512/72) im Archiv d. Verf.
- 19 Die österreichische Bundesregierung setzte eine „Studienkommission für die Probleme der slowenischen Volksgruppe in Kärnten“ (die sog. Ortstafelkommission) sowie ein „Kontaktkomitee“ ein, dem auch Vertreter der slowenischen Organisationen angehörten. Von den ursprünglich 205 Ortschaften, die im Jahre 1972 zweisprachige Tafeln bekommen sollten, blieben 1977, als das Verhandlungsergebnis in Form einer Verordnung der Bundesregierung festgeschrieben wurde, nur mehr 91 Ortschaften übrig (aufgrund der 25%- Klausel, angewandt auf die Ergebnisse der „Volkszählung besonderer Art“ aus dem Jahre 1976). Tatsächlich wurde aber auch dieses Ergebnis nicht überall umgesetzt. In 34 Ortschaften fehlten im Jahre 2000 die zweisprachige topografischen Schilder, Ende 2002 immer noch in 20 Ortschaften (lt. Kleine Zeitung, 14. Juli 2000 bzw. 6. Dezember 2002).
- 20 Der sozialdemokratische Landeshauptmann Ferdinand Wedenig beugte sich dem Druck der deutschnationalen Organisationen und gab am 22. September 1958 einen Erlass an die Bezirksschulbehörden heraus, wonach die Eltern Anträge auf Befreiung vom zweisprachigen Unterricht stellen konnten. Daraufhin wurden ca. 80 Prozent der SchülerInnen vom Slowenischunterricht abgemeldet.
- 21 Eigene Forschungsnotiz, SS 1988, Archiv d. Verf.
- 22 Brief von Landeshauptmann Leopold Wagner vom 23. August 1983 (Zl. 1621/2/83) an „Herrn Gottfried Miskulnig“; Kopie des Briefs im Archiv d. Verf.

- 23 Zitat leicht verändert, da Personennamen anonymisiert wurden; Kopie der Anzeige (AZ 12 Vr 2621/72) im Archiv d. Verf.

LITERATUR

- Bogataj*, Mirko (1989). Die Kärntner Slowenen, Klagenfurt/Celovec.
- Dotter*, Franz (1982). Der Beginn des „Ortstafelstreits“ in den Kärntner Tageszeitungen, in: *Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfrage* (Hg.): Kein einzig Volk von Brüdern. Studien zum Mehrheiten-/Minderheitenproblem am Beispiel Kärntens, Wien, 182–233.
- Fischer*, Gero/Peter Gstettner (Hg.) (1990). „Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen“. An den rechten Rand Europas: Jörg Haiders „Erneuerungspolitik“, Klagenfurt/Celovec.
- Fritzl*, Martin (1990). Der Kärntner Heimatdienst. Ideologie, Ziele und Strategien einer nationalistischen Organisation, Klagenfurt/Celovec.
- Grimm*, Horst/Leo Besser-Walzel (1986). Die Corporationen. Handbuch zu Geschichte – Daten – Fakten – Personen, Frankfurt am Main.
- Gstettner*, Peter (1988). Zwanghaft Deutsch? Über falschen Abwehrkampf und verkehrten Heimatdienst, Klagenfurt/Celovec.
- Mölzer*, Andreas (1990). Kärntner Freiheit. Ein österreichischer Sonderfall, Wien/München.
- Obid*, Vida/Mirko Messner/Andrej Leben (2002). Haiders Exerzierfeld. Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft, Wien.
- Pohl*, Heinz Dieter (2002). Ortsnamen als Kulturgut. Überlegungen aus der Sicht der Namensforschung, in: *Anderwald*, Karl/Peter Karpf/Hellwig Valentin (Hg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2002, Klagenfurt, 227–246.
- Sommeregger*, Borut (Hg.) (1983). Ein Dorf an der Grenze? Klagenfurt/Celovec.
- Waldmann*, Peter (1998). Terrorismus. Provokation der Macht, München.

AUTOR

Peter GSTETTNER, Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Klagenfurt/Celovec, Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für interkulturelle Bildungsforschung.

Kontakt: Universitätsstr.65-67, A-9020 Klagenfurt/Celovec.

E-mail: peter.gstettner@uni-klu.ac.at